

## Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Jörg Baumann

Abg. Karl Straub

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Richard Graupner

Abg. Alexander Hold

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Christiane Feichtmeier

**Präsidentin Ilse Aigner:** Jetzt rufe ich den **Tagesordnungspunkt 1 b** auf:

**Gesetzentwurf der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Martin Böhm u. a. und Fraktion (AfD)**

**zur Änderung des Aufnahmegesetzes - Bayerisches Asylnotstandsgesetz**

**(Drs. 19/3866)**

**- Erste Lesung -**

Begründung und Aussprache werden nicht miteinander verbunden. Zur Begründung erteile ich dem Kollegen Jörg Baumann für die AfD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der AfD)

**Jörg Baumann (AfD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kollegen Abgeordnete! Wir stellen heute das Bayerische Asylnotstandsgesetz unserer AfD-Fraktion vor. Als Kommunalpolitiker weiß ich, dass viele unserer bayerischen Kommunen durch die grundgesetzwidrige, illegale Asylpolitik der CSU, der GRÜNEN und der SPD überlastet sind. Unser Gesetz ermöglicht es den Kommunen, endlich selbst darüber abstimmen zu können, keine weiteren Asylbewerber aufnehmen zu müssen. Ob verklausuriert oder offen, immer mehr Bürgermeister sagen, was Sache ist. Wir, liebe Bürgermeister, hören Sie, und deshalb haben wir ein Gesetz für alle Kommunen in Bayern verfasst.

Seit 2018 hat unser Freistaat Bayern 15 Milliarden Euro für die Unterbringung und Versorgung ausgegeben. Im laufenden Jahr sind es wieder mehr als 2 Milliarden Euro. Unsere Kommunen stehen vor kaum mehr zu bewältigenden Herausforderungen. Dies wird nicht zuletzt durch Gerichtsverfahren deutlich, mit denen Gemeinden versuchen, sich gegen einen weiteren Zustrom Illegaler zu wehren. Gleichzeitig bereichern sich Unternehmen der Asylindustrie und bedienen sich aus dem schier unendlichen Geldtopf der Steuerzahler. Ich zitiere die CSU-Bürgermeisterin von Garmisch-Partenkirchen, Frau Elisabeth Koch: Die Unterbringung von Flüchtlingen ist für viele eine Gelddruckmaschine.

Es geht aber nicht nur um Geld. Schauen wir uns nur einmal die Polizeiliche Kriminalstatistik an. Zitat des Innenministers Herrmann: "Die Kriminalstatistik macht deutlich, dass sich die unkontrollierte Zuwanderung auch negativ auf die Sicherheitslage auswirkt." 40 % der Tatverdächtigen sind Nichtdeutsche. Ein nicht benannter Anteil der restlichen 60 % hat einen Migrationshintergrund. Mit unserem Gesetz können unsere Kommunen endlich demokratisch Nein zu illegalen Einwanderern sagen. Die Kommune kann mit unserem Gesetz der weiteren Aufnahme von Asylbewerbern nach Artikel 1 Absatz 1 des Aufnahmegesetzes widersprechen. Ich zitiere aus unserem Gesetz: "Der Widerspruch kann erhoben werden, wenn in der Gemeinde eine weitere Unterbringung von Asylbewerbern [...] eine unzumutbare Belastung für die Infrastruktur, die lokale Gemeinschaft, die Unterbringungsmöglichkeiten oder die Kapazitäten der sozialen Dienste darstellt."

(Beifall bei der AfD)

Die CSU und Markus Söder reden viel über die Asylproblematik. Das ist es aber auch schon. Sie reden und tun nichts.

Deswegen tun wir etwas. Wir wollen das Gesetz ändern und damit die bayerischen Kommunen vor dem finanziellen Ruin schützen. Ich zitiere noch einmal den Ministerpräsidenten Markus Söder: Die Asylkosten wachsen uns immer weiter über den Kopf. Wir erleben eine finanzielle Überbelastung, die kaum noch zu stemmen ist. – Ja, das ist absolut richtig, aber hat die CSU ein Gesetz erlassen, um das zu beenden? – Nein. Hat sie vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die Asylpolitik von Merkel oder Scholz geklagt? – Nein. Sie hat alles, jeden einzelnen Asylbewerber mitgetragen und Verbalopposition gespielt. Sogar jetzt, nach dem Ampel-Aus, traut sich die CSU im Bundestag nicht, das Richtige zu tun. Das Zustrombegrenzungsgesetz wurde nicht zur Abstimmung gebracht. Vermutlich hat man Angst vor der eigenen Courage. Dabei hat es Horst Seehofer einst richtig auf den Punkt gebracht: Die Migration ist die Mutter aller Probleme. Markus Söder erklärte: Die Migration wächst Deutschland über den

Kopf, kulturell, logistisch und auch finanziell. – Da ist es wieder: Die CSU redet und redet und redet, die AfD handelt für Bayern und Deutschland.

(Beifall bei der AfD)

Wir brauchen keine Glaskugel, um zu wissen, dass Sie dieses Gesetz mit den üblichen Floskeln ablehnen werden. Die Bürger aber werden sich das im Hinblick auf die Bundestagswahl und im Hinblick auf die Kommunalwahl 2026 sehr wohl merken. Damit ebnen Sie den Weg für ein blaues Wunder auf Bundesebene und kommunaler Ebene.

(Beifall bei der AfD)

**Präsidentin Ilse Aigner:** Vielen Dank. – Damit eröffne ich die Aussprache. Wir haben 29 Minuten vereinbart. Als Erster spricht Herr Kollege Karl Straub für die CSU-Fraktion.

**Karl Straub (CSU):** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das war eine AfD-Märchenstunde, die hier wieder abgehalten wurde. Die AfD handelt, sagt die AfD. Die AfD handelt nicht, weil die AfD Gott sei Dank nirgends Regierungsverantwortung trägt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der AfD)

Die AfD spaltet. Ich glaube, wenn man einen solchen Punkt aufruft, ist erstens einmal denjenigen zu danken, die sich um die Menschen kümmern, die zu uns kommen. Ich möchte mich hier ausdrücklich bei den Landkreisen, Kommunen, Ehrenamtlichen und bei allen in den Behörden bedanken, die dies seit 2013 hervorragend tun. Ich glaube, das ist einmal einen großen Applaus wert,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

weil sie Hervorragendes leisten.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ich glaube, wir haben das seit 2013 gut gemacht. Sie haben die Neuwahlen angesprochen. Diese finden jetzt statt, und Sie werden sehen, dass wir handeln werden;

(Lachen bei der AfD)

denn ich glaube, zu einer humanen Flüchtlingspolitik

(Zuruf des Abgeordneten Florian Köhler (AfD))

– hören Sie einfach zu, dann können Sie etwas lernen – gehören genau die Maßnahmen, die wir fordern. Erstens sind das momentan tatsächlich Zurückweisungen an den Grenzen. Ich glaube, wir müssen dies umsetzen, um eine humane Flüchtlingspolitik betreiben zu können. Ich glaube, in der Diskussion geht vollkommen unter, wo die Menschen stehen, wenn wir sie an den Grenzen zurückweisen. Sie stehen in Österreich, Tschechien, Frankreich usw. Sie befinden sich in sicheren Drittländern. Ich glaube, wir brauchen das dringend, um endlich und viel schneller zu einer europäischen Einigung zu gelangen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zweitens müssen wir tatsächlich Fehlanreize reduzieren. Ich bin der Überzeugung, dass die allermeisten Flüchtenden bei uns im System arbeiten und sich einbringen wollen.

(Lachen bei der AfD)

– Ja, das beweisen übrigens auch die Zahlen zur Migration. Eine Stadt wie München hat inzwischen einen Migrationsanteil von 51 %. Was würden wir bloß ohne diese Menschen tun?

(Zurufe von der AfD)

Viele davon sind wesentlich mehr wert als Ihre Spalterei, die Sie hier ständig betreiben!

(Beifall bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN, den GRÜNEN und der SPD)

Die allermeisten Flüchtenden wollen arbeiten. Das zeigen auch die Zahlen. Es sind 75 % der Migranten, und für Sie: Über 50 % ist die Mehrheit! 75 % ist eine große Mehrheit. Das werden Sie nie erreichen. Über 75 % der Menschen wollen arbeiten, aber nichtsdestoweniger ist es genauso wichtig, denjenigen, die sich nicht einbringen wollen, die Leistungen bis auf ein Existenzminimum zu kürzen. Das ist richtig und schlüssig, und auch das werden wir nach der Bundestagswahl umsetzen.

Schließlich ist es dringend notwendig – und hier ist die CSU auch vorangegangen –, dass alle Flüchtenden Arbeit aufnehmen können und entweder gemeinwohlorientiert oder, was ich noch viel wichtiger finde, sozialversicherungspflichtig arbeiten dürfen. Das ist sehr wichtig.

Jetzt zu Ihrem Vorschlag: Das ist ein Gemeindespaltungsgesetz, und man sieht, dass Sie immer in Ihren Hinterzimmern unterwegs sind, weil die Gemeinden bei der Aufnahme von Flüchtenden in aller Regel sehr, sehr konstruktiv mit den Landkreisen und den Regierungen zusammenarbeiten. Dieser Dialog muss beibehalten werden. Die Bürgermeister werden Ihnen für diesen Gesetzentwurf sehr "dankbar" sein, der Gemeinden gegeneinander ausspielt, denn das ist widerwärtig und spaltend!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Eine Frage stelle ich Ihnen jetzt: Wo sollen die Flüchtlinge denn hin? Zum Schluss ist es nämlich – –

(Zuruf von der AfD: Nach Hause! – Anna Rasehorn (SPD): Sie sind zu Hause!)

– Ach, Sie haben immer nur eine Antwort. Remigration und Deportation ist widerwärtig. Das ist AfD. Mehr muss man dazu nicht sagen. Momentan kommen noch Flücht-

ende zu uns, und zum Schluss kommen die Flüchtenden in Kommunen an. Deswegen müssen sie letztendlich auch in Kommunen untergebracht werden. Die Lösungen des Problems habe ich Ihnen gerade genannt. Es wird nach dem Königsteiner Schlüssel verteilt, und hier kann sich die AfD nach links – nein, links kennen Sie nicht – im Kreis drehen, und die Regierungen verteilen die Menschen dann auf die Landkreise. Deswegen kommen die Menschen schlussendlich in der Kommune an. Wie gesagt wird sehr genau darauf geachtet und ein sehr guter Dialog mit den Bürgermeistern geführt. Wir haben in den allermeisten Fällen eine Lösung gefunden. Dafür brauchen wir keine AfD.

Ihr Gesetzentwurf ist ein Schmarrn. Ich freue mich nicht auf die Verhandlungen in den Ausschüssen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Herr Kollege, bitte bleiben Sie am Rednerpult. – Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Prof. Dr. Ingo Hahn.

**Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD):** Geschätzter Herr Kollege Straub von der CSU, Sie wollen unseren Gesetzentwurf zum Bayerischen Asylnotstandsgesetz nicht unterstützen. Dabei muss man Ihnen eines sagen: Sie und Ihre Union versuchen seit über neun Jahren, in Europa, in der EU eine Lösung herbeizuführen. Es ist immer noch keine Lösung zu sehen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Sie haben genau in dieser Woche im Bundestag verhindert, dass das Zustrombegrenzungsgesetz jetzt eingebracht wird. Es wäre aus kultureller, logistischer und finanzieller Sicht so nötig; wir haben es gerade vom Kollegen Baumann gehört. Sie machen es nicht, Ihr Ministerpräsident Markus Söder macht es auch nicht. Er ist heute nicht hier im Landtag; er ist nach Berlin gefahren, um dort zu reden. Die Union aus CDU und CSU setzt sich dafür ein, dass heute ein Herr Söder in Berlin reden darf, und auch

dafür, dass ein Herr Merz in Zukunft seine schwarz-rote Koalition vorbereiten kann, aber eben nicht dafür, dieses wichtige Gesetz jetzt zu verabschieden. Deshalb meine Frage: Wann tun Sie endlich das, was Sie sagen, und verabschieden dieses Gesetz? Sie könnten es nämlich genau in dieser Woche tun.

(Beifall bei der AfD)

**Karl Straub (CSU):** Erst einmal zu unserem Ministerpräsidenten und dazu, dass unser Ministerpräsident heute in Berlin ist und sich nicht Ihren Schmarrn anhört: Das ist genau richtig.

(Beifall bei der CSU)

Das ist absolut richtig, weil es hier um die Zukunft unseres Landes geht. Zweitens bestehen unsere Forderungen im Übrigen seit 2013 unverändert. Die CSU hatte in der Flüchtlingspolitik immer einen klaren Kurs. Das nennt man Demokratie.

(Lachen bei der AfD)

Man nennt es Demokratie, dass wir uns nicht haben durchsetzen können, weil man nämlich Mehrheiten in den Parlamenten braucht. Dass Sie mit Demokratie ein Problem haben, glaube ich. Wie gesagt: Ich erinnere an unseren Ministerpräsidenten Horst Seehofer; er hat sich schon immer für eine humanitäre Flüchtlingspolitik, Humanität und Ordnung eingesetzt. Er hatte schon lange erkannt, dass es eine Obergrenze braucht, um vernünftig Integration leisten zu können. Dafür setzen wir uns weiter ein. Ich bin sicher, dass wir mit unserem Kanzlerkandidaten und zukünftigen Bundeskanzler Merz die entsprechenden Mehrheiten im Parlament haben werden

(Martin Böhm (AfD): Gott bewahre!)

und dass es Sie dann nicht mehr braucht.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Nächster Redner ist der Kollege Richard Graupner.

(Beifall bei der AfD)

**Richard Graupner (AfD):** Herr Vizepräsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Den bayerischen Kommunen steht das Wasser bis zum Hals. Die finanziellen Defizite der Bezirke, Landkreise, Städte und Gemeinden sind auf über 5 Milliarden Euro angeschwollen. Die Lage ist sehr ernst. "Wir stehen vor dem Ende der kommunalen Selbstverwaltung." – So lässt sich der Präsident des Bayerischen Landkreistages im Bayerischen Rundfunk zitieren. Dann werden im regierungstreuen Staatsfunk allerlei Ursachen für die dramatisch erhöhten Kosten genannt, wie etwa Krankenhäuser, Nahverkehr und Personal. Sicher trägt das alles auch mit zum finanziellen Ausbluten unserer Kommunen bei. Aber dann steht wieder einmal der ungenannte rosa Elefant im Raum; mein Kollege Baumann hat es vorhin schon angesprochen.

Der Freistaat hat in den letzten sechs Jahren 15 Milliarden Euro für die Betreuung, Unterbringung, Versorgung und Verpflegung von Asylbewerbern zum Fenster hinausgeworfen. Was hätte man auch nur mit einem Teil dieses Geldes alles im Hinblick auf die vorhin genannten Krankenhäuser, den Nahverkehr und das Personal anfangen können? Unsere Kommunen sind mit dieser für sie unlösbaren Mammutaufgabe heillos überfordert. Zahllose Hilferufe kommunaler Entscheidungsträger schallten ungehört durchs Land, Brandbriefe wurden geschrieben und sind verpufft. Es ist bei der Asylproblematik doch nicht anders als bei anderen Themenbereichen auch: Der Fisch stinkt vom Kopfe her.

(Beifall bei der AfD)

Solange eine abgehobene Altparteienkaste in Berlin und auch München nicht willens und nicht in der Lage ist, die illegale Massenzuwanderung zu beenden, solange kann es auch keine für alle Kommunen dauerhaft zufriedenstellende Lösung geben.

Auch wenn es zuletzt inzwischen einige Beispiele von tapferem Widerstandsgeist gibt, wie zuletzt beim unbeugsamen Ersten Bürgermeister von Bad Griesbach,

(Toni Schuberl (GRÜNE): Er hat sich dafür entschuldigt!)

bisher sind den Kommunen gegen Zwangszuweisungen von Migranten juristisch die Hände gebunden. Sie sind bei der Frage der Unterbringung und Versorgung von Asylbewerbern zu reinen Befehlsempfängern des Willens der großen Politik auf Bundes- und Landesebene degradiert. Darum hält es die bayerische AfD-Fraktion geradewegs für eine demokratische Pflicht, unseren Kommunen in der jetzigen dramatischen Situation ein Instrument an die Hand zu geben, um sich in Zeiten höchster Not wirksam wehren zu können. Unser Gesetzentwurf ist diesbezüglich ein Segen.

(Martin Wagle (CSU): Oje!)

Er gesteht überforderten Kommunen endlich ein Widerstandsrecht gegen den Zuweisungszentralismus von Asylanten zu. Falls man sich da um den Verbleib der gegebenenfalls abgewiesenen Migranten sorgt – wie vorhin Kollege Straub –, dann ist das doch überhaupt kein Problem: Noch immer gibt es genügend sichere Häfen in Bayern, welche scheinbar so viel Platz haben, dass sie diese Leute sicherlich mit offenen Armen als wahre Geschenke der Vielfalt und Buntheit freudig bei sich aufnehmen werden.

(Beifall bei der AfD)

All jenen Kommunen aber, die mit räumlichen, finanziellen oder auch weltfremden ideologischen Ressourcen nicht so üppig ausgestattet sind – das dürfte die überwältigende Mehrheit sein –, verhilft unser Gesetzentwurf wieder zur Ausübung ihres verfassungsmäßig garantierten Selbstverwaltungsrechts und im Übrigen auch zur Verabschiedung verfassungskonformer Haushalte.

Es kann und darf nicht sein, dass die Kommunen inzwischen selbst Pflichtaufgaben nicht mehr durchführen können, alle abgelehnten und sogar schwer kriminellen Asyl-

bewerber aber durchfüttern müssen. Es kann und darf nicht sein, dass Asylgewinnler Immobilien zu astronomischen Preisen vermieten,

(Widerspruch der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

um immer neue Migrantenmassen unterzubringen, und auf der anderen Seite unsere bayerischen Familien keinen bezahlbaren Wohnraum mehr bekommen.

(Beifall bei der AfD)

Es kann und darf nicht sein, dass wir Abermillionen Euro für sogenannte minderjährige begleitete Flüchtlinge ausgeben, während die Söder-Regierung das Familien- und Kitageld für unsere Kinder halbiert.

(Beifall bei der AfD)

Wer die Rückkehr zu den Grundsätzen unserer Verfassung will, wer ein wirkliches Interesse an der Entlastung unserer Kommunen und unserer Bürger hat und wer einen wirklichen Beitrag zum Umlenken in der Asyl- und Migrationspolitik befürwortet, muss unserem Gesetzentwurf zustimmen.

(Beifall bei der AfD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Nächster Redner ist der Kollege Alexander Hold.

**Alexander Hold (FREIE WÄHLER):** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Abgeordnete Graupner hat gerade völlig klargemacht, dass es ihm um etwas ganz anderes als um eine faire Lastenverteilung geht. Natürlich sind viele Kommunen und Gemeinden nicht begeistert, wenn Schutzsuchende im Gemeindebereich untergebracht werden sollen; das ist immer eine Belastung für die Finanzen, für die Infrastruktur, für die Verwaltung und manchmal auch für den sozialen Frieden.

Aber die Verteilung verläuft bundesweit automatisiert nach dem Königsteiner Schlüssel; das wissen wir alle. Bayern muss letzten Endes 15,56 % übernehmen. Das lässt

sich nicht einseitig aufkündigen. Auch mit dem, was Sie uns heute vorsetzen wollen, würden wir das mit einem Widerspruchsrecht nicht aushebeln können. Auch innerhalb Bayerns haben wir nach Teil 3 der Verordnung zur Durchführung des Asylgesetzes einen festgelegten Schlüssel; es gibt Quoten für die einzelnen Regierungsbezirke und Landkreise. Diese Quoten, die sich nach der Einwohnerzahl bemessen, gewährleisten eine gleichmäßige und gerechte Verteilung über ganz Bayern.

Für die Verteilung innerhalb der Landkreise gibt es extra und mit guter Absicht keinen festgelegten Schlüssel, weil die Kreisverwaltungsbehörden am besten selbst entscheiden können,

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

weil sie letzten Endes unter Berücksichtigung der konkreten Umstände entscheiden können. Vielleicht gibt es eine Gemeinde, in der sich im Moment einfach keine Möglichkeiten ergeben; dafür steht in der Nachbargemeinde ein Hotel, eine ehemalige Pflegeeinrichtung oder eine Pension leer, die zur Anmietung angeboten wird. Da wäre es doch widersinnig, wenn man zu falschen Lösungen käme.

Was sinnvoll und zumutbar ist, können die Kreisverwaltungsbehörden am besten beurteilen, und zwar objektiv.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Landratsämter haben natürlich größtes Interesse an einer gerechten Verteilung, weil das für sozialen Frieden und für einen fairen Ausgleich zwischen den einzelnen Gemeinden sorgt.

Sie wollen allerdings, dass die Gemeinden anhand subjektiver Befürchtungen ablehnen können, Flüchtlinge aufzunehmen; das führt im schlimmsten Fall zu einer absoluten Blockade einer staatlichen Aufgabe. Das ist letzten Endes genau das, was Sie wollen. Dieser Gesetzentwurf trägt überhaupt nicht zu einer fairen Problemlösung bei, sondern fordert die Gemeinden geradezu zu einem unsolidarischen Verhalten auf.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Was ist die Folge unsolidarischen Verhaltens? – Streit, Chaos, Unfrieden. Genau das ist der Nährboden, den Sie schaffen wollen. Das ist der Nährboden, den Sie für Ihre Ideologien eines autoritären und antidemokratischen Staates brauchen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Lachen der Abgeordneten Christoph Maier (AfD) und Richard Graupner (AfD))

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Die nächste Rednerin ist die Abgeordnete Gülseren Demirel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

**Gülseren Demirel (GRÜNE):** Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr verehrtes Präsidium! Der Gesetzentwurf der AfD-Fraktion ist wieder einmal keine Überraschung. Er trägt zu keiner Lösung und zu keiner sachlichen Diskussion bei. Die Intention dieses Gesetzentwurfs ist, was auch die beiden Redner der AfD verdeutlicht haben: Menschen, die vor Krieg und Armut fliehen, aus diesem Land herauszuekeln, wenn nicht sogar sie zu deportieren.

(Zuruf des Abgeordneten Harald Meußgeier (AfD))

Eigentlich könnte man den Gesetzentwurf, den Sie hier im Landtag vorlegen, auch ein "Deportationsgesetz" nennen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei der AfD – Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Auf solche Ideen kommen wir gar nicht! – Katrin Ebner-Steiner (AfD): Sie von den GRÜNEN hingegen schon!)

Der zweite Punkt freut mich wahnsinnig: Dort, wo Bürgerinnen und Bürger versuchen, in den Kommunen in einen Dialog zu kommen – wie etwa dann, wenn man diskutiert, wie eine zu groß geratene Unterkunft anders gestaltet werden kann –, haben sie es geschafft, die AfD aus diesen Kommunen von Einfluss fernzuhalten. Bei diesen Bür-

gern sind Sie von der AfD nicht willkommen. Das freut mich. Dafür danke ich den Bürgerinnen und Bürgern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Harald Meußgeier (AfD))

Worüber reden wir? – Wir reden über einen Gesetzentwurf zur Änderung des Aufnahmegesetzes. Dieses Gesetz, wie das schon mein Vorredner richtig gesagt hat, reguliert die faire Verteilung von Flüchtlingen innerhalb der Bundesrepublik und in unserem Bundesland. Dazu hatten wir vor zwei Wochen einen Antrag in den Verfassungsausschuss eingebracht und über ihn diskutiert. In unserem Antrag haben wir gesagt: Innerhalb unseres Bundeslandes gestaltet sich die Verteilung auf die Landkreise dann schwierig, wenn man nicht darauf achten muss, ob eine Entzerrung der Unterbringung der Geflüchteten im Landkreis stattfindet, wenn ein Standort ausreicht, um die Quote eines Landkreises zu erfüllen. Das hat sich in der Praxis als problematisch erwiesen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wenn in einer Gemeinde mit 3.000 Einwohnern 500 Geflüchtete untergebracht werden, dann stimmt die Relation nicht mehr. Deshalb haben wir mit unserem Antrag vorgeschlagen, darüber zu reden, wie wir eine Entzerrung bei der Unterbringung innerhalb der Landkreise vornehmen können.

Als zweiten Punkt haben wir mit unserem Antrag vorgeschlagen, dass Gemeinderäte oder Bürgermeister die Information nicht erst dann bekommen, wenn Mietverträge bereits abgeschlossen sind. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das geht so nicht. Man muss die Entscheidungsträger vor Ort frühzeitig einbinden.

Als dritten Punkt haben wir angesprochen, dass die Ehrenamtsstruktur sehr notwendig ist. Keine der demokratischen Fraktionen kann das infrage stellen. Wir brauchen die Ehrenamtsstrukturen. Ehrenamtliche müssen bei der Einrichtung von Unterbringungen eingebunden werden.

Viertens. Die meisten Geflüchteten, die wir in den Unterkünften haben, stammen aus der Ukraine und kommen nicht aus Jux und Tollerei zu uns. Diese Menschen müssen nicht in einer Gemeinschaftsunterkunft mit anderen Flüchtlingen untergebracht wer-

den. Sie können sich privat eine Wohnung mieten. Das Problem ist jedoch, dass keine Wohnungen zur Verfügung stehen. Also müssen wir die Kommunen dabei unterstützen, schneller Wohnungen zur Verfügung zu stellen.

Die Staatsregierung hat ein Leerstandsförderprogramm aufgelegt. Dieses nennt sich "Leerstand nutzen – Lebensraum schaffen". Erstaunlicherweise hat sich bisher kaum eine Kommune an diesem Programm beteiligt. Also muss man sich das genauer anschauen. Das alles kann zu einer Entlastung, zu einer besseren Kommunikation, zu einer besseren Wertschätzung unserer kommunalen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger führen und bei den Bürgerinnen und Bürgern frühzeitig Toleranz und Akzeptanz schaffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Die nächste Rednerin ist die Kollegin Christiane Feichtmeier für die SPD-Fraktion.

**Christiane Feichtmeier (SPD):** Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Gesetzentwurf der AfD bringt uns kein Stück weiter. Er ist nicht nur handwerklich schlecht, sondern auch in der Sache falsch.

(Beifall bei der SPD)

Worum geht es? – Anfang Oktober 2024 hat sich der Bürgermeister von Bad Griesbach im Rottal schlichtweg geweigert, ukrainische Flüchtlinge aufzunehmen, und seine Verwaltung angewiesen, neu ankommende Flüchtlinge nicht mehr zu registrieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, hier geht es um Menschen, die vor einem furchtbaren Krieg geflohen sind. Das Verhalten des Bürgermeisters war schlichtweg rechtswidrig.

(Gülseren Demirel (GRÜNE): Er hat sich dafür entschuldigt!)

Der Zweite Bürgermeister hat dann die Anweisung des Landratsamts zur Anmeldung vollzogen, sodass die Kinder auch in Kindergärten und Schulen gehen konnten. Was tat dagegen der Erste Bürgermeister, der Recht und Gesetz gebrochen hat, noch? – Er posierte fröhlich mit AfD-Politikern. Als Reaktion kochten die Emotionen hoch.

(Beifall bei der AfD)

Der Stadtrat hat sich distanziert. Der Erste Bürgermeister hat sich für sein Verhalten entschuldigt; aber ganz Deutschland schaute auf einen beschaulichen Kurort im Rottal.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Grundkonsens in unserem Land ist es, dass sich die Verwaltung an Recht und Gesetz hält. Wir sind hier nicht im Wilden Westen. Der besagte Erste Bürgermeister hat seiner Stadt einen Bärendienst erwiesen. Es bringt uns aber auch in der Migrationspolitik nicht weiter, die Gemeinden gegeneinander auszuspielen. Alles, was die AfD-Fraktion mit diesem Gesetzentwurf bezweckt, ist, unsere Gesellschaft weiter zu spalten. Ein Widerspruchsrecht für jede Kommune ergibt einfach keinen Sinn. Wenn jede Gemeinde widerspricht, ist das Problem der Unterbringung noch nicht gelöst.

Wir nehmen die Hilferufe der Kommunen sehr ernst. Natürlich muss die Verteilung der Flüchtlinge gerecht und sinnvoll sein. Dass es auch anders geht, zeigt der Bürgermeister der Gemeinde Hebertshausen, der letzte Woche bei uns in der Gemeinde Tutzing war. Er hat es geschafft, in seiner Gemeinde mit rund 6.000 Einwohnern fünfmal so viele Flüchtlinge aufzunehmen, wie vorgeschrieben war. Rund 90 % der dort lebenden Asylbewerber sind in Bildungsprogrammen oder bereits in Arbeit gebracht worden. Sie arbeiten im Supermarkt der Gemeinde, in der Fleischerei oder auf dem Reiterhof. Zudem engagieren sich viele der Geflüchteten mittlerweile ehrenamtlich, spielen im Fußballverein, sind bei der Feuerwehr oder helfen bei der Sanierung öffentlicher Spielplätze mit. Genau das ist der richtige Weg. Um all diese Dinge geht es der AfD in ihrem dubiosen Asylnotstandsgesetz jedoch nicht. Alles, was die AfD will, ist

eine Spaltung der Kommunen. Das nützt niemandem. Wir lehnen den Gesetzentwurf deshalb ab.

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Tobias Reiß:** Vielen Dank. – Damit ist die Aussprache geschlossen. Ich schlage vor, den Gesetzentwurf dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. So beschlossen.